



Globalisierung

von Rolf Weder, Professor Wirtschaftswissenschaften, WWZ und Europainstitut, Universität Basel

Nachdem Sprachwissenschaftler „Entlassungsproduktivität“ soeben zum deutschen Unwort des Jahres 2005 erkoren haben und schon im Vorjahr das in der wirtschaftswissenschaftlichen Disziplin seit Jahrzehnten gebräuchliche Wort „Humankapital“ auf diese Weise getadelt hatten, warte ich nur darauf, bis dem Schlagwort „Globalisierung“ einmal dasselbe Schicksal widerfahren wird. Es scheint heute ohnehin so zu sein, dass alle zu allem etwas sagen, auch dann, wenn sie nicht viel dazu zu sagen haben. Das gilt ganz speziell für das Thema Globalisierung – die zunehmende globale Verflechtung von Gesellschaft, Wirtschaft, Kultur und Politik. Vielleicht liegt es an der Komplexität des Themas, vielleicht an der globalen Berührtheit vieler und dem individuellen Hang, mit dem Herzen anstatt dem Kopf zu denken. Es ist auf jeden Fall überraschend, was hierzu in Büchern, Artikeln, Vorträgen und Diskussionen alles so geschrieben und gesagt wird.

In der Wissenschaft kann das Thema natürlich aus der Sicht verschiedener Disziplinen beleuchtet werden. So wird sich zum Beispiel der Rechtswissenschaftler mit der Frage beschäftigen, welche Konflikte zwischen den nationalen Rechtsprechungen durch die Anwendung nationaler Rechtsordnungen auf global tätige Firmen entstehen und wie diese gelöst werden können. Oder die Politikwissenschaftlerinnen setzen sich zu Recht mit der Frage auseinander, ob kriegereisiche Auseinandersetzungen in einer globalisierten Gesellschaft eher gehemmt oder gefördert werden und welche Institutionen als Reaktion

darauf allenfalls gestärkt oder neu geschaffen werden müssten. Nicht zu vergessen sind die Historiker, denen eine wichtige Rolle bei der Relativierung der heute beobachtbaren Dimensionen der Globalisierung im historischen Kontext zukommt. Wenn es aber darum geht, die Auswirkungen der Globalisierung auf Wohlstand, Beschäftigung und Löhne in armen und reichen Ländern abzuschätzen, kommen eigentlich nur die Wirtschaftswissenschaften in Frage, diese Zusammenhänge aufzuzeigen. Es kommt also auf die konkrete Frage an, die nicht von jeder Disziplin – geschweige denn von selbsternannten Experten – gleich gut oder überhaupt beantwortet werden kann.

Lassen Sie mich im Folgenden in aller Kürze einige Erkenntnisse aus den Wirtschaftswissenschaften, insbesondere der Aussenwirtschaftstheorie, zum Thema „Globalisierung“ zusammenfassen. Zuerst ist einmal darauf hinzuweisen, dass die Globalisierung, definiert als Ausmass der wirtschaftlichen Integration von Ländern in die Weltwirtschaft, an sich kein neues Phänomen ist. Man kann anhand verschiedener Indikatoren zeigen, dass die Weltwirtschaft vor dem ersten Weltkrieg einen Globalisierungsgrad aufwies, den sie in etwa den 70er Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts erstmals wieder erreichte. Allerdings dürfte die wirtschaftliche Integration seither durchaus ein einzigartiges Ausmass erreicht haben, gerade wenn man auch die heutige Zahl der in die Weltwirtschaft integrierten Länder berücksichtigt.

Welche wirtschaftlichen Effekte hat die zunehmende wirtschaftliche Integration auf die einzelnen Volkswirtschaften und ihre Bewohner? – Dies scheint mir die in der Gesellschaft zum Thema Globalisierung heute im Vordergrund stehende Frage zu sein. Hierzu liefert die Aussenwirtschaftstheorie zwei Folgerungen. Erstens steigt durch die aussenwirtschaftliche Öffnung der gesamtwirtschaftliche Wohlstand in der Regel; dies nicht etwa deshalb, weil Arbeitsplätze geschaffen würden. Vielmehr führt die Spezialisierung innerhalb der Volkswirtschaften dazu, dass mit beschränkten Ressourcen mehr Konsum und damit ein höheres Realeinkommen erreicht werden kann. Zweitens hat die wirtschaftliche Integration kurz- und mittelfristig in der Regel Gewinner und Verlierer *innerhalb* der einzelnen Volkswirtschaften zur Folge. In einem Land wie der Schweiz dürften die Verlierer tendenziell bei den eher wenig qualifizierten Arbeitskräften sowie den hoch spezialisierten Personen in schrumpfenden Branchen zu finden sein. Die Verlierer langfristig zu Gewinnern zu machen, ist eine wirtschaftspolitische Herausforderung. Da wie erwähnt der Gesamtwohlstand steigt, ist es bei vorhandenem Wille auf individueller und kollektiver Ebene grundsätzlich möglich, niemanden schlechter zu stellen.

Empirische Untersuchungen zeigen, dass diese aus der Theorie ableitbaren Folgerungen im Grundsatz bestätigt werden. Interessant sind in diesem Zusammenhang die Resultate einer aktuellen empirischen Studie von David Dollar und Aart

Kraay („Trade, Growth, and Poverty“, *The Economic Journal*, No. 114, F22-F49, 2004). Die beiden Ökonomen analysieren die Entwicklung des durchschnittlichen Wohlstandes von sowie die Einkommensverteilung in rund 100 Ländern über die letzten 30-40 Jahren. Die bereits theoretisch nicht überzeugende These von vielen Globalisierungskritikern, dass durch die Globalisierung nur die Reichen profitieren würden (d.h. die reichen Länder und/oder die reichen Schichten in den Ländern), während die Armen immer ärmer würden, wird durch diese empirische Analyse verworfen. Länder, welche in den 80er und 90er Jahren sich vermehrt in die Weltwirtschaft integriert haben, verzeichnen im Vergleich zu anderen Ländern ein signifikant höheres Wachstum des realen

Einkommens. Gleichzeitig wirkte sich, wie die ökonometrische Analyse zeigt, die Globalisierung nicht negativ auf die Einkommensverteilung aus – das Einkommen der ärmsten Bevölkerungsschicht nahm weder absolut noch relativ zum Durchschnitt ab. Das heisst nicht, dass es keine Verlierer der Globalisierung gibt. Diese dürften aber auf Grund dieser Studie nicht systematisch in armen Ländern oder in den ärmsten Schichten der (reichen und armen) Länder anzutreffen sein. „(...) on average, greater globalisation is a force for poverty reduction“ lautet das Fazit der Autoren (S. F47).

Für die Wirtschaftspolitik lässt sich aus diesen Überlegungen ableiten, dass einem guten Sozial-

versicherungsnetz, welches die individuellen Anreize zum beruflichen Wiedereinstieg bei gleichzeitiger optimaler Vorbereitung (Stichwort Schaffung von „Humankapital“) der Betroffenen richtig setzt, eine hohe Priorität zu geben ist. Gleichzeitig ist eine hohe Lohnflexibilität entscheidend; Nominallöhne müssen für bestimmte Beschäftigungen auch sinken können, damit sich die Volkswirtschaften an die weltwirtschaftlichen Veränderungen mit geringen Friktionen überhaupt anpassen können. Dies heisst nicht—wie die obige Studien indirekt bestätigt—, dass auch die Reallöhne der Betroffenen sinken müssen.

Die Reformen der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik



Vortrag von Herrn Professor Dr. iur.
Paul Richli, Ordinarius an der
Universität Luzern,
am 17. Januar 2006, Europainstitut

von Linda Algotsson, Assistentin Recht, Europainstitut

The Common Agricultural Policy (CAP) is a policy à part. It embodies principles that go against the very core of the Common Market and its fundament, free competition. In short, the CAP has since its creation, at the dawn of European integration as we know it today, represented a controlled market with state subsidies, controlled prices and compensatory measures. Such measures are in other product markets either forbidden or applied very restrictively. Another particularity of this EC policy is that its reputation is haunted by inefficiency, large costs and an even larger body of law. Its costs for 2006 amount to 46.7% of the entire EC budget, 50% of Community legis-

lation and 35% of the Community case law relates to the CAP. However, fundamental reform of the CAP is under way. Based on earlier reform, which in the beginning of the nineties put the old market politics into perspective and started a separation between price and income policy, the most recent stage of CAP reform found its impetus in the Doha-round of negotiations in the WTO. The so-called Fischler reform was initiated in 2003. Its ambitious and contradictory aims: Liberalisation, increased dynamic in the market of agricultural products, safeguarding the income of farmers, implementation of consumer

concerns, protection of the countryside and environment, protection of animals and health and development of rural areas.

Is Commissioner Fischler's description of the reform as the beginning of a "new era" for the CAP justified? The change in approach emphasising not price but income, initiated by the MacSharry Reform in 1992 and continued by Agenda 2000, was indeed completed by the Fischler reform. The last reform has, however, brought one important additional change, namely the so-called decoupling. According to this new approach the farmer is supported financially due to his or her role as a farmer, and not based on the production which he or she realises. This change also reflects the intention to move the resulting payments out of the WTO's "blue box" and into the green one, and to thereby protect the financial support from the duty of progressive abolishment as required by WTO rules. The fact still remains that the main

changes were initiated already in 1992, therefore a "new era" might be somewhat of an exaggeration. After the 2003 reform, however, the CAP can be considered as being more consumer, countryside, animal and environmentally friendly, an effect which should not be underestimated. Perhaps it can also be considered market friendlier as farmers now have an incentive to produce whatever products bring in the highest revenue. Still, it is doubtful whether the system of direct payments to support the mere maintenance of the land, without any production activity, will be socially accepted in the long run.

Another interesting development is that the Member States are being given a greater discretion in the national implementation of the CAP. The rules are still made at Community level but can, within specified limits, be differentiated at national level. The Commission was pushing for a narrower scope of discretion for the Member States in this respect but did not succeed. From a legal perspective the introduction of the "per farmer" subsidy constitutes a considerable simplification of the system, if not even a codification. Or as Prof. Richli put it, a corpus iuris of direct payments.



EuropaInstitut der Universität Basel
Gellertstr. 27
Postfach, 4020 Basel

„Mehr Vertrauen, mehr Klarheit, mehr Schwung“



Österreichs EU-Ratspräsidentschaft, Januar bis Juni 2006

von Annina Bürgin, Assistentin Politikwissenschaft, EuropaInstitut

Das Jahr 2005 bescherte der EU einige Tumulte: Vor allem die beiden Nein der Franzosen und der Niederländer zum Verfassungsvertrag sowie der Budgetstreit haben zu grossen Diskussionen geführt. Dabei hat die britische Ratspräsidentschaft in der zweiten Hälfte 2005 nicht viel zur Lösung der aufgetretenen Probleme beigetragen. Am 1. Januar 2006 hat nun Österreich die Ratspräsidentschaft der Europäischen Union für das erste Halbjahr übernommen; auf Österreich wartet also eine Menge Arbeit. Aber was kann eine sechsmonatige Ratspräsidentschaft schon ausrichten – und dann erst noch diejenige eines kleinen Staates? Jedes halbe Jahr übernimmt ein Mitgliedstaat der EU den Vorsitz des sich aus arbeitsorganisatorischen Gründen je nach Sachgebiet anders zusammensetzenden Rats der Europäischen Union. Diese verschiedenen Gremien verabschieden die wichtigsten Beschlüsse der Union, grösstenteils zusammen mit dem Europäischen Parlament. Dem Vorsitz kommt die Aufgabe zu, alle Sitzungen und Konferenzen zu organisieren und während den Verhandlungen zu versuchen, Kompromisse auszuarbeiten. Nebenbei soll der jeweilige Mitgliedstaat auch neue politische Impulse setzen. Als wichtigstes Merkmal wird der Präsidentschaft nachgesagt, dass sie die „Agenda“ bestimmen könne. Dies trifft nur begrenzt zu, zumal die Initiativen eines Staates während der Ratspräsidentschaft ein Mix ist aus Pfadabhängigkeit (geerbte Themen der vorangehenden Präsidentschaften), nationaler Initiative und Ereignissen, welche nicht im

Einflussbereich der jeweiligen Länder liegen. Neben dem „agenda-setting“ hat der Vorsitz eine Vermittler-Rolle einzunehmen. Mit sogenannten *tours des capitales* ermittelt eine Präsidentschaft die verschiedenen Interessen der einzelnen Mitgliedstaaten und kann dann, auf Grund ihres Informationsvorsprungs, Kompromisslösungen erarbeiten. An den Verhandlungen selbst kommt es häufig zu *confessionals*, wo sich der Präsident und ein blockierender Mitgliedstaat zu informellen Gesprächen zurückziehen, um einen Ausweg aus der Sackgasse zu finden. Wie der Begriff erahnen lässt, sind die Gespräche eines *confessionals* strikt geheim – die Präsidentschaft gibt das Versprechen ab, dass keine Informationen nach aussen dringen. Mit den daraus gewonnen Erkenntnissen kann der Vorsitz eventuell einen anderen Kompromissvorschlag ausarbeiten. Schliesslich darf der Faktor „Persönlichkeit“ nicht unterschätzt werden. Einige Politiker haben in der Vergangenheit durch diplomatisches Geschick konstruktiv zur Lösung verschiedener Probleme beigetragen. Für alle Staaten ist der Ratsvorsitz mit grossen, vor allem organisatorischen, Herausforderungen verbunden. In der Vergangenheit wurden verschiedentlich Bedenken geäussert, dass die kleineren Mitgliedstaaten diese Aufgaben gar nicht bewältigen könnten. Es stimmt, dass die Administrationen der kleinen Staaten einen für sie relativ grossen Aufwand betreiben müssen. Dennoch haben die Erfahrungen in der Vergangenheit gezeigt, dass es gerade die „Liliputs“ waren, welche sehr effiziente und erfolgreiche Präsidentschaften vorweisen konnten. So

erreichte die irische Ratspräsidentschaft eine Einigung über den Verfassungsvertrag im Sommer 2004 und dies nachdem sechs Monate zuvor die Verhandlung darüber gescheitert war. Demgegenüber hinterliess die britische Präsidentschaft im 2005 eine durchgezogene Bilanz: im ersten Quartal wurde Premierminister Blair Untätigkeit vorgeworfen und das zähe Ringen um den „Britenrabatt“ zeugte von einer kompromisslosen Haltung des Vorsitzes. Zudem wurde die ungenügende Vorbereitung der Tagungen bemängelt. Ein Grund, weshalb die Ratspräsidentschaften kleinerer Staaten meist sehr erfolgreich eingeschätzt werden, liegt darin, dass letztere sich an den momentanen Problemen in der EU-pipeline orientieren und nicht die Europäische Union mit eigenen grossen Würfeln innerhalb von sechs Monaten umkrempeln wollen.

Welche Schwerpunkte hat Österreich gesetzt?

Wie oben bereits angedeutet, ist der Spielraum für die Präsidentschaften nicht gross und man kann nicht erwarten, dass ein einziger Vorsitz die anstehenden Probleme alleine lösen kann. Es können aber bestimmte Knacknüsse angegangen und Initiativen gestartet werden.

Österreich wird sich, nach eigenen Angaben, vor allem vier Themen widmen: Umsetzung der Finanzplanung 2007-2013, die Zukunft der Europäischen Verfassung, neue Erweiterungsrounds und Aussenpolitik der EU und schliesslich die Weiterverfolgung der Lissabon-

Strategie (Beschäftigung, Wirtschaftswachstum, soziale Sicherheit). Diese Foki ordnen sich unmittelbar in das von sechs Ratspräsidentschaften entworfene Strategieprogramm 2004-2006 ein, welches den Arbeiten des Vorsitzes mehr Kontinuität verleihen soll.

Mit dieser Schwerpunktsetzung ist zu erkennen, dass die Umsetzung der Finanzplanung ein geerbtes Thema der britischen Präsidentschaft ist. Österreich muss vor allem mit dem EU-Parlament über die mittelfristige Finanzplanung verhandeln. Ein zweites übernommenes Thema betrifft die Debatte um die Verfassungskrise. So muss Österreich den sogenannten „Plan D“ (Demokratie, Dialog, Debatte) diskutieren und Anstösse liefern, wie Europa den Bürgern näher gebracht werden kann und wie es mit dem Verfassungsvertrag, welcher von immerhin mehr als der Hälfte der Mitgliedstaaten ratifiziert ist, weiter geht. Dazu will Österreich erstens am Frühjahrsgipfel im März verschiedene Initiativen vorlegen und zweitens zum Europa-Tag im Mai 2006 eine Konferenz zur Zukunft Europas durchführen. Auch die weitere Umsetzung der Lissabon-Strategie ist ein relevantes Thema, welchem sich auch noch die nachfolgende finnische Ratspräsidentschaft widmen wird.

Demgegenüber hat sich Österreich als nationale Schwerpunkte die zukünftigen Erweiterungen und die Aussenpolitik gesetzt. Obwohl unter der österreichischen Ratspräsident-

schaft entschieden wird, ob Bulgarien und Rumänien wie vorgesehen anfangs 2007 beitreten können oder nicht, liegt der vierte, österreichisch dominierte Schwerpunkt auf den Ländern des Westbalkans – die Nachbarschaftspolitik soll sich vermehrt mit letzteren beschäftigen. Wenn man vom „agenda-setting“ spricht, so geht es auch darum, dass bestimmte Themen bewusst weggelassen werden. So wird, auf Grund der nationalen Wahlen in Österreich im Herbst 2006, die umstrittene Dienstleistungsrichtlinie sehr wahrscheinlich nicht thematisiert. Schliesslich werden auch die Persönlichkeit des Bundeskanzlers Wolfgang Schüssel und sein Mitarbeiterstab zur Bilanz des kommenden halben Jahres beitragen. Ihm wird viel diplomatisches Geschick nachgesagt, seit er Österreich nach den politischen Sanktionen der anderen, damaligen 14, EU-Mitglieder im Jahre 2000 gegen sein Land (wegen der Regierungsbeteiligung der FPÖ) wieder ins Herz Europas zurück gebracht hat. Zudem war er während der Ratspräsidentschaft Österreichs im Jahre 1998 bereits Aussenminister und hat damals bewiesen, dass er sich auf dem europäischen Parkett erfolgreich bewegen kann.

Es wird sich zeigen, ob und wie stark Österreich mehr Vertrauen, mehr Klarheit und mehr Schwung in die EU bringt – und ob die Ratspräsidentschaft vor allem auch an der „Heimfront“ etwas bewirken kann. Die Österreicher sind nämlich neuerdings die EU-Skeptiker Nummer eins!

Veranstaltungen

Vortragsreihe:

„Europa versus Amerika versus Europa“

Prof. Spillmann, Prof. Kreis, Dr. Haller, Prof. Haftendorn, Prof. Bronfen, Prof. James, Prof. Markovits

Hörsaal HS 118, Kollegienhaus, Universität Basel

Alle Angaben finde Sie in Kürze unter: www.europa.unibas.ch

12. April 2006, 18.15 Uhr

„Europa entdecken?“

Informationsveranstaltung über das Studium am Europainstitut mit Dozierenden und Assistierenden
Europainstitut, Universität Basel

24. Oktober 2006, 18.15 Uhr

„Die schweizerischen Universitäten im europäischen Kontext“

Bundesrat Pascal Couchepin, Aula, Universität Basel

Das Europainstitut wird auch im Sommersemester 2006 **Europakolloquien** zu verschiedenen interessanten Themen durchführen. Eine Übersicht werden Sie in der Newsletter-Ausgabe Nr. 64 (März/April 2006) finden.